

Fossil Free Münster prüft zur Landtagswahl die NRW-Parteien bezüglich Klimaschutz und Divestment

(<https://gofossilfree.org/de/fossil-free-muenster-prueft-die-nrw-parteien-bezueglich-klimaschutz-und-divestment/>).

Hier unsere Antworten dazu:

1. In Anbetracht der drohenden Klimakatastrophe und der Verpflichtung der Pariser Klimakonferenz, die globale Klimaerwärmung auf deutlich unter 2°C zu begrenzen, steht die Braunkohle als Deutschlands größter CO₂-Emittent unter großem Druck. Wie gedenken Sie, sich als Landtagskandidatin/Landtagskandidat für einen (Braun-)Kohleausstieg in NRW und bundesweit einzusetzen? Bis wann ist der Braunkohle-Ausstieg in NRW Ihrer Meinung nach möglich?

Der Abschied von der Kohle ist dringender denn je und ein Schlüssel zum schönen Leben auch für kommende Generationen. Als Landtagskandidaten setzen wir uns für einen festen Fahrplan für den Ausstieg aus Braun- und Steinkohle ein. Damit müssen wir sofort beginnen.

- Als größtes Industrieland Deutschlands muss NRW hier europaweit vorangehen und innerhalb Europas für einen straffen Zeitplan eintreten, bis zum Jahr 2030 70 Prozent des Stroms kostengünstig aus erneuerbaren Energien zu produzieren.
- Keine Neubauten von Kraftwerken mehr. Außerdem müssen innerhalb des Landes müssen die gesetzlichen Grundlagen gelegt werden, um Stilllegungen zu maximieren und Neubauten zu verhindern.
- Schnellstmöglicher Stop des Imports von Steinkohle aus Regionen mit menschenverachtenden und Umwelt zerstörerischen Praktiken (z. B. Mountain top removal) bei der Förderung.
- Dezentralisierung der Versorgung, Förderung kleinerer, lokaler Quellen für Strom und Wärme, die intelligent verknüpft sind und Einsparungen belohnen. Damit würde NRW und folglich auch die EU ein starkes Signal an den Rest der Welt senden, dass die Transformation hin zu einer klimaverträglichen Energieversorgung große wirtschaftliche Chancen und auch Arbeitsplätze bietet.
- Parallel dürfen soziale Folgen nicht gegen die Zukunft unserer Kinder ausgespielt werden. Fossile Energiekonzerne dürfen keine Subventionen mehr erhalten und sollten für die Kosten von Klimawandel und Erkrankungen aufkommen und finanzschwache Haushalte beim Beziehen von Energie

unterstützt werden. Menschen die zur Zeit ihren Arbeitsplatz im Braunkohlesektor haben, dürfen nicht für die Verfehlungen von Staat und Industrie, den Energiesektor zukunftsgerecht zu gestalten ihren Arbeitsplatz verlieren, sondern es müssen neue Stellen geschaffen werden. Im Folgenden finden sich viele Antworten darauf, wie dies gelingen kann.

2. Die Alternativen in der Energieversorgung stehen bereit und versprechen neben vielfältigen ökologischen Vorteilen auch die Schaffung Millionen neuer Arbeitsplätze. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um den notwendigen Strukturwandel in NRW zu unterstützen?

Die Bundesregierung hat durch die Abwandlung EEG den Wandel abgebremst. Die alten fossilen Energiekonzerne haben so stark auf die Bundesregierung eingewirkt, dass zwar von einem Wandel die Rede ist. NRW muss sich dafür einsetzen, dass der Wandel wieder beschleunigt werden. Außerhalb der Einschränkungen des EEG geht dies heute bereits im Bereich der Energiespeicher.

Zum Beispiel durch den Auf- und Ausbau eines Energiespeicher-Mix:

- kleine und dezentrale Speichereinheiten in den Haushalten dienen der Netzentlastung.
- Aufbau großer Energiespeicher, bspw. Power-to-gas, wo bei Stromüberschuss der überschüssiger Strom durch Elektrolyse in Wasserstoff und Sauerstoff umgewandelt wird. Genial dabei: Dadurch könnte im Sinne einer nachhaltigen Energieversorgung überschüssige Wind- und Sonnenenergie genutzt werden, Wasserstoff durch Hinzufügen CO₂ in Methan umzuwandeln (Methanisierung).
- Methangas kann wieder in das existierende (!) Erdgasnetz und die vorhandenen Gasspeicher eingespeist werden und so die Abhängigkeit von ausländischen Rohstoffen (zum Beispiel russisches Erdgas) reduziert werden (15 prozentige Anreicherung).

NRW könnte hier eine Technologie-Vorreiterrolle spielen, vergleiche Greenpeace Windgas. NRW hat als Bergbau-Energie-Standort allerbeste Voraussetzungen dafür, wenn neue Strukturen im Bereich Energie außerhalb von großen Konzernen stattfinden.

3. Die Initiative Fossil Free setzt sich für den Abzug öffentlicher Gelder aus Kohle, Öl und Gas ein. Wie werden sie sich für ein umfassendes Divestment und den Abzug von Subventionen für klimaschädliche Industrien einsetzen?

Generell muss die Forderung nach Divestment an alle Institutionen im Land muss verbunden werden mit der Hilfestellung zur Verabschiedung von Kriterien für ein ethisch verantwortliches Investment und vorzugsweise regionales Re-Investments direkt in der Kommune z.B. in energiesparende städtische Infrastrukturen.

Insbesondere verschuldete Kommunen müssen Anreize gegeben werden, sich zu so finanziell fortschrittlich aufzustellen.

4. Welche weiteren Schritte werden Sie für einen schnellen und umfassenden Klimaschutz unternehmen?

Sektorenkopplung ist ein wichtiges, weiteres Stichwort, wodurch .

a. Sektorenkopplung auf Erzeugungsseite

Das bedeutet Kopplung der Bereiche (i) Umwandlung in erneuerbaren Energien, (ii) mit vorhandenen Energien wirtschaftlicher umgehen, (iii) Suffizienz, d.h. tatsächlich weniger Energie verbrauchen und (iv) Konsistenz.

b. Sektorenkopplung auf Nutzungsseite

Das gilt für alle verschiedenen Anwendungsgebiete von Energie, vornehmlich Stromversorgung, Wärmeversorgung und Verkehr.

Wir sind für eine ganzheitliche Betrachtung von Energie in NRW.